

Schmid, Klaus-Peter

Article — Digitized Version

Giscard d'Estaings ehrgeizige Ziele

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmid, Klaus-Peter (1974) : Giscard d'Estaings ehrgeizige Ziele, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 9, pp. 467-470

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134730>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Giscard d'Estaings ehrgeizige Ziele

Klaus-Peter Schmid, Paris

Seitdem Frankreich einen neuen Präsidenten hat, wird das politische Leben von einer ungewohnten Vokabel beherrscht: le changement, der Wandel. Valéry Giscard d'Estaing hatte während des Wahlkampfes viel versprochen – vielleicht zuviel, um in den nächsten Jahren alle seine Versprechungen einlösen zu können. Es fehlt zwar nur selten am guten Willen, aber oft am Geld. Es mangelt nicht an langfristigen Konzepten, aber die kurzfristigen Probleme diktieren in der Regel die Politik.

Daß Giscard den Ehrgeiz hat, als Reformpräsident in die Geschichte seines Landes einzugehen, stellte er bereits unter Beweis. Gleich in den ersten Wochen nach seinem Amtsantritt packte er die größten wirtschaftlichen Probleme an, mit denen Frankreich heute fertig werden muß: Inflation, Außenhandelsdefizit, soziale Ungleichheit. Preisniveau, Zahlungsbilanz und Einkommensverteilung sind seit langem Sorgenkinder der Pariser Wirtschaftspolitik. Keine Regierung der letzten zehn Jahre hat es im Grunde gewagt, auf diesen Gebieten Entscheidendes zu unternehmen. Um so entschlossener wirkt Giscard's neue Politik. Um so ungewisser bleibt aber auch ihr Erfolg.

Neuer Inflationsrekord

Die Inflation ist aus Frankreichs Wirtschaft kaum mehr wegzudenken. Seit Jahren liegen die Preissteigerungen regelmäßig über dem deutschen Niveau. Doch in letzter Zeit kletterten die Preise so schnell wie schon lange nicht mehr. Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres verteuerte sich die Lebenshaltung um 8,1 %. Schon zwischen 1969 und 1973 war die Inflationsrate kaum unter 6 % gesunken. In diesem Jahr rechnet die OECD mit insgesamt 14 %. Eine ähnliche Teuerungswelle hatte Frankreich zuletzt 1958 mit 15 % erlebt.

Bereits im 2. Halbjahr 1973 erreichte die Inflation eine jährliche Steigerungsrate von 10 %. Energie-

krise und Vervierfachung der Rohölpreise durch die Produktionsländer können also nur zum Teil für den jüngsten Inflationsrekord verantwortlich gemacht werden. So wurden 1973 Nahrungsmittel für den französischen Verbraucher um 15 % teurer. Aufgrund hoher Lohnzuwächse erlebte Frankreich im Herbst und Winter 1973 einen sprunghaften Anstieg der Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern. Schließlich sorgte auch die ständige Abwertung des Franc dafür, daß die Importpreise in die Höhe kletterten. Damit wurden auch die ohnehin teureren Rohstoffe (neben Öl vor allem Metalle) noch teurer.

Seit Kriegsende stützte sich die Pariser Anti-Inflationspolitik im wesentlichen auf ein mehr oder weniger rigides System der Preiskontrollen. Allein in den vergangenen zehn Jahren wurde fast ein Dutzend verschiedener Kontrollmethoden bis zum totalen Preisstop erprobt. Diese Politik brachte aber nur in den fünfziger Jahren einen relativen Erfolg. Seit dem Amtsantritt Giscard d'Estaings hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß mit Reglementierungen allein wenig zu erreichen ist. Die gleiche Erfahrung machte Paris übrigens mit der Kreditplafondierung; vor allem die staatlichen Depositenbanken hatten sich nicht an die Vorschriften gehalten und die Restriktionspolitik auf dem Kreditsektor zum Scheitern gebracht.

Suche nach neuen Mitteln

Eine der ersten Aktionen der neuen Regierung galt deshalb der Suche nach neuen Mitteln im Kampf gegen die Inflation. Bereits im März hatte man durch eine Verknappung der Kredite und durch Steuervorauszahlungen versucht, Kaufkraft

Dr. Klaus-Peter Schmid, 32, ist Frankreich-Korrespondent der Wochenzeitung „Die Zeit“ in Paris.

abzuschöpfen. Im Juni entsann sich Paris dann der Bonner Stabilisierungspolitik von 1973 und versuchte, sie in wesentlichen Punkten nachzuahmen.

Zunächst wurde erstmals in Frankreich ein einmaliger Konjunkturzuschlag zwischen 5 und 15% auf die Einkommen erhoben. Betroffen sind davon etwa 1,9 von 11 Mill. Einkommensteuerpflichtigen. Diese zusätzlichen Einnahmen des Staates werden zum großen Teil bei der Banque de France stillgelegt; im Sommer 1975 wird voraussichtlich ein Teil davon zurückerstattet. Auch den Unternehmen wurde eine zusätzliche Belastung zugemutet. Sie mußten bis September 18% der 1973 bezahlten Körperschaftsteuer als einmalige Abgabe entrichten. Schließlich will auch der Staat selbst seinen Konsum reduzieren und eine Milliarde Francs im laufenden Haushaltsjahr einsparen. Außerdem will die Regierung auch inflationsbedingte Steuermehreinnahmen stilllegen. Alles in allem würden damit 1974 dem Geldkreislauf rund 8 Mrd. Francs entzogen.

Dem Austeritätsprogramm vom vergangenen Juni wurde ein ganz konkretes Ziel vorgegeben: Für das zweite Halbjahr 1974 soll die Inflationsrate auf einen Jahresdurchschnitt von 6% reduziert werden (die OECD prognostizierte 16%!). Im ersten Halbjahr 1975 soll die jährliche Inflationsrate sogar 5% nicht übersteigen, also einen Satz erreichen, der in Frankreich als „normal“ gilt. Dieses Ziel ist sehr hoch gesteckt, wahrscheinlich zu hoch. In Paris heißt es zwar immer wieder, die Bundesregierung habe mit ihren Maßnahmen viel Erfolg gehabt. Doch derartige Vergleiche sind aus mehreren Gründen problematisch:

- ☐ Der deutsche Verbraucher ist nach wie vor inflationsempfindlicher als der französische. In Frankreich ist eine Verteuerung der Lebenshaltung um 6% bereits ein Stabilisierungserfolg, in Deutschland wäre damit die Schwelle zur Inflation längst überschritten. Zudem nehmen die französischen Gewerkschaften bei ihren Lohnforderungen noch weniger Rücksicht auf die konjunkturelle Situation als ihre deutschen Kollegen.
- ☐ Die Indexierung von Löhnen und Gehältern ist in der französischen Wirtschaft weit verbreitet, vor allem aber im öffentlichen Sektor. Weit mehr als in der Bundesrepublik ist damit der Anspruch der Arbeitnehmer auf einen realen Kaufkraftzuwachs institutionalisiert. Die Dämpfung der Nachfrage bei den mittleren und niederen Einkommen wird dadurch sehr erschwert.
- ☐ Die stärkere Belastung von 1,9 Mill. Steuerzahlern betrifft nur die Bezieher von Spitzeneinkommen; mit dieser Maßnahme wird also nur schwerlich eine Einschränkung des privaten Konsums zu erreichen sein.
- ☐ Angesichts weiter wachsender Kaufkraft dürfte es vielen Unternehmen gelingen, eine zusätzliche Steuerlast auf die Verbraucher zu überwälzen. Da die nach wie vor bestehenden Preiskontrollen sehr nachlässig praktiziert werden, ist auch von hier kein Bremseffekt zu erwarten.
- ☐ Eine gezielte außenwirtschaftliche Absicherung ist nicht beabsichtigt. Statt dessen floatet der Franc und verschulden sich viele Unternehmen im Ausland, während die Bundesregierung 1973 eine Politik der Aufwertung und des Bardepots betrieb.

In Paris wurden Anfang August die ersten Anzeichen einer konjunkturellen Abkühlung registriert. Doch eine (nicht nur saisonal bedingte) Abschwächung des Preisauftriebs war damit nicht verbunden. Und selbst wenn die Stabilitätspolitik in den nächsten Monaten den Franzosen geringere Inflationsraten beschert, dürfte das angestrebte Ziel (6%) noch in weiter Ferne liegen.

Zahlungsbilanzprobleme

Daß die Preise unablässig steigen, merkt jede französische Hausfrau auf den ersten Blick. Warum sich die Regierung aber den Kopf über die Verbesserung der Zahlungsbilanz zerbricht, das sehen die Franzosen nicht ohne weiteres ein. Schließlich ist der Wert des Franc wieder gestiegen: Im Mai lag der Abwertungseffekt im Vergleich zur Mark bei 15%, Mitte August nur noch bei 5%.

Auch die Währungsreserven der Bank von Frankreich nehmen keineswegs ab. Im Gegenteil: Sie waren Ende Juli mit 35,4 Mrd. Francs um 700 Mill. höher als Ende Februar. Doch diese Zeichen trügen. Die Verbesserung der Gold- und Devisenreserven geht vor allem auf die zunehmende Auslandsverschuldung zurück, während die Handelsbilanz stark defizitär ist. Allein im ersten Halbjahr 1974 wies der französische Außenhandel ein Defizit von 10,0 Mrd. Francs (saisonbereinigt: 8,8 Mrd.) aus. Bereits im Januar hatten Experten des Finanzministeriums errechnet, daß die Verteuerung des Rohöls in diesem Jahr zu einem Außenhandelsdefizit von 18 Mrd. Francs führen würde. Vor dem Ölkrieg war für 1974 noch ein Überschuß von 8 Mrd. Francs erwartet worden.

Schon zu Jahresbeginn belehrte Giscard d'Estaing, damals noch Finanzminister, seine Landsleute, sie müßten praktisch einen dreizehnten Monat für den Export arbeiten, um das Loch in der Handelsbilanz zu stopfen. Heute würde sich Giscard's Nachfolger Jean-Pierre Fourcade nur wenig wundern, wenn das Defizit sogar über 20 Mrd. Francs ansteigen würde. Dennoch hat sich Paris auch hier ein sehr ehrgeiziges Ziel gesetzt: Bis Ende 1975 soll die Handelsbilanz wieder ausgeglichen sein.

Bisher hat die französische Regierung bewußt darauf verzichtet, massive protektionistische Maßnahmen zum Schutz des eigenen Außenhandels zu ergreifen. Nicht zuletzt unter dem Einfluß Bonns wurde davon abgesehen, das Beispiel Italiens und Dänemarks nachzuahmen. Das Stabilitätsprogramm vom Juni versucht statt dessen, über eine Verteuerung der Energie- und Ölpreise sowie über Spar- und Rationierungsmaßnahmen die Ölimporte zu drosseln. Außerdem wurde der Exportindustrie ein Milliarden-Kredit für Investitionen zur Verfügung gestellt.

Zweifel an einer Verbesserung

Doch wie bei der Preispolitik sind auch hier Zweifel berechtigt, daß Paris seine Handelsbilanz in so kurzer Zeit wieder ausgleichen kann:

☐ Das Defizit im Außenhandel geht zum großen Teil auf das ständig wachsende Importvolumen zurück. Importe laufen aber weitgehend parallel zur Binnenkonjunktur. Um die Importnachfrage zu bremsen, müßte also eine Abkühlung der Inlandsnachfrage erreicht werden, ohne die Arbeitsplätze zu gefährden.

☐ Durch die Abwertung des Franc seit Beginn des Floating wurden gerade die lebenswichtigen Rohstoffe (vor allem Erdöl und Erdgas) teurer. Energie und Rohstoffe machen aber rund ein Viertel der französischen Importe aus und sind nicht substituierbar.

☐ Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, daß Wechselkursmanipulationen nur sehr bedingt als Instrument der Zahlungsbilanzpolitik taugen. So konnte die britische Exportindustrie von der ständigen Pfund-Abwertung kaum profitieren. In Frankreich ist die Inflationsrate zur Zeit so hoch, daß der Abwertungsvorteil eindeutig durch Preissteigerungen überkompensiert wird. Somit kommt ein Wettbewerbsvorteil für französische Exportgüter kaum zustande.

☐ Die Struktur des französischen Außenhandels ist sehr ungünstig. So wuchs der Anteil der Landwirtschaft an den Gesamtausfuhren in den letzten Jahren ständig. Er lag 1973 bei 19 % (BRD: 1,4 %); Investitionsgüter machten nur 24 % aus (BRD: 55 %). Außerdem gingen 1973 allein 70 % der Exporte in europäische Länder. Die Abhängigkeit von der Konjunktur einiger weniger Volkswirtschaften ist also äußerst groß.

Noch mehr als bei den Preisen ist der Erfolg oder Mißerfolg der französischen Außenhandelspolitik von externen Faktoren abhängig. Das kann sich natürlich zugunsten der Zahlungsbilanz auswirken. Doch scheint es unwahrscheinlich, daß die Ölpreise wesentlich sinken werden. Ebenso könnte eine Wirtschaftskrise in der Bundesrepublik, dem

wichtigsten Kunden der französischen Außenhändler, die Exportsituation verschlechtern. Diese strukturellen Probleme sprechen eher dafür, daß der Ausgleich der Handelsbilanz bis 1975 kaum zu realisieren sein wird.

Soziale Ungleichheiten

Schon während des Wahlkampfes im vergangenen April hatte sich Giscard auch als sozialer Reformer empfohlen. Dies war sicher ein geschickter Schachzug, denn sein Vorgänger Georges Pompidou hatte auf wirtschaftliche Expansion fast um jeden Preis gesetzt, wobei die Sozialpolitik etwas kurz kam. Nach den Unruhen im Mai 1968 war zwar die Ungleichheit der Einkommensverteilung etwas abgebaut worden, was vor allem den Niedriglohneempfängern zugute kam. Doch mit der starken Inflation kamen Kleinverdiener und Rentner schnell wieder ins Hintertreffen.

Die Statistik über Einkommensverteilung in Frankreich ist sehr lückenhaft. Trotzdem läßt sich mit ziemlicher Sicherheit sagen, daß die Disproportionalitäten größer sind als zum Beispiel in der Bundesrepublik. So fällt etwa die Zahl der Arbeitnehmer auf, die nicht mehr als den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn erhalten (seit 1. Juli 1974: 6,40 Francs pro Arbeitsstunde bzw. im Monat 1213 Francs bei einer 43-Stunden-Woche). Nach offiziellen Angaben fallen 700 000 Beschäftigte in diese Gruppe, in Wirklichkeit dürften es jedoch mehr als eine Million Beschäftigte sein. Nach Angaben des Nationalen Statistischen Amtes INSEE verdienten 1973 zwei Drittel der Arbeitnehmer weniger als 1750 Francs im Monat.

Ein zweites Charakteristikum der Distribution der Einkommen ist die starke Ungleichheit in der personellen Verteilung. Nach der Einkommensteuereinstatistik verdienen die rund 2500 Franzosen der höchsten Einkommensklasse 400 mal soviel wie die Bezieher der niedrigsten Altersrente. Vergleicht man je 10 % der französischen Haushalte mit dem niedrigsten und dem höchsten Einkommen (1. und 10. Dezil), dann liegt dieser Faktor für 1970 bei 28.

Bemerkenswert ist auch die regionale Disproportionalität. In Paris ist zum Beispiel das monatliche Durchschnittseinkommen doppelt so hoch wie in Korsika oder im zentralfranzösischen Département Lozère und um ein Drittel höher als im lothringischen Département Meurthe-et-Moselle. Besonders diskriminiert sind nach wie vor die Frauen. Ihre männlichen Kollegen werden etwa in der Industrie um ein Drittel besser bezahlt. Bezeichnenderweise fallen in die Einkommensklassen bis 1750 Francs im Monat 80 % aller weiblichen Lohn- und Gehaltsempfänger, aber nur 55 % der Männer.

Mit einer Reihe sozialpolitischer Maßnahmen wurden im Juni die untersten Einkommensklassen weiter an das allgemeine Lohnniveau herangeführt. So betrug die Erhöhung des Mindestlohnes 7,6 %. Gleichzeitig erhöhte die Regierung für über 5 Mill. Familien das Kindergeld und ähnliche Zuschüsse. Die Mindestbeträge der Altersrenten stiegen von 5200 Francs im Jahr auf 6300 Francs an; davon profitierten etwa 6 Mill. Franzosen.

Punktueller Maßnahmen

Natürlich tendieren diese Maßnahmen in Richtung auf einen Abbau der sozialen Ungleichheiten. Sie sind jedoch viel zu punktuell, um die soziale Struktur entscheidend verbessern zu können. Außerdem darf man nicht übersehen, daß beispielsweise die Zahlung des Mindestlohns vom Staat nicht ausreichend kontrolliert werden kann. Vor allem ausländische Arbeitskräfte werden nach wie vor oft unter dem gesetzlichen Minimum entlohnt. Andererseits kann diese Mindestgrenze nicht beliebig hoch angesetzt werden. Erfahrungsgemäß zahlen nämlich in Frankreich Unternehmen mit den niedrigsten Gewinnen auch die niedrigsten Löhne. Besonders in strukturschwachen Gebieten könnte damit eine weitere Erhöhung des Mindestlohns zu beträchtlicher Arbeitslosigkeit führen — ein Risiko, das Paris nicht gerne eingeht.

Eine echte Verbesserung der Einkommensverteilung wäre ohnehin nur im Zuge einer grundlegenden Reform der Einkommensbesteuerung möglich. Sie müßte vor allem die pauschale Veranlagung von Landwirtschaft und Einzelhandel modifizieren und die zahlreichen Privilegien abschaffen, die gerade Bezieher hoher Einkommen (hier besonders Unternehmer und Freiberufliche) ausnutzen können. Sie müßte aber auch von einem verstärkten Kampf gegen die Steuerhinterziehung begleitet werden, die mit steigendem Einkommen geradezu zu einem „Sport“ ausartet. Bisher deutet allenfalls die geplante Besteuerung von Kapitalgewinnen darauf hin, daß Giscard ernsthafte Schritte in Richtung auf eine gründliche Steuerreform wagen könnte.

In den ersten Monaten seiner Amtszeit als Staatspräsident hat Giscard d'Estaing zumindest gezeigt, daß er gewillt ist, einige Grundprobleme der französischen Wirtschaftspolitik energischer als in den letzten Jahren anzugehen. Ein Ziel allerdings, das er noch im Wahlkampf seiner Politik gesetzt hatte, ist mittlerweile in Vergessenheit geraten: das Überflügeln der deutschen Wirtschaft. Angesichts hoher Inflationsraten und ungünstiger Außenhandelsergebnisse zieht man es in Paris vor, nicht mehr vom Wettlauf mit dem deutschen Nachbarn zu sprechen. Prestige und Grandeur sind nicht mehr Triebfedern französischer Politik — auch nicht der Wirtschaftspolitik.

Gegendarstellung

zum Beitrag von H.-L. Dornbusch: „Die Gemeinnützigkeit der Neuen Heimat“ im WIRTSCHAFTSDIENST, Heft 8/1974:

1. Es ist unrichtig, daß der Gesamtkonzern ein Bauunternehmen ist und an der Spitze der europäischen Bauindustrie steht.

Richtig ist, daß sowohl die gemeinnützige Unternehmensgruppe Neue Heimat als auch die Neue Heimat Städtebau-Gruppe Wohnungsbau- und Städtebauträgerunternehmen sind und keine eigenen Baugesellschaften betreiben. Sie können also auch nicht an der Spitze der europäischen Bauindustrie stehen.

2. Falsch ist, daß die in Tabelle 2 aufgeführten 20 Baugenossenschaften (eGmbH) zur Unternehmensgruppe Neue Heimat gehören.

Richtig ist, daß diese Gesellschaften zum Katholischen Siedlungswerk im Raum Freiburg gehören.

3. Falsch ist auch, daß die Gesellschaften der Unternehmensgruppe Neue Heimat bis Ende 1972 286 000 Wohnungen errichtet und davon lediglich 58 000 Einheiten veräußert hatten.

Richtig ist, daß die Unternehmensgruppe Neue Heimat bis Ende 1972 364 946 Wohneinheiten errichtet und davon 92 711 Einheiten in Form von Eigentumsmaßnahmen für Dritte gebaut und veräußert hatten. Das entspricht einem Eigentumsanteil am Gesamtprogramm von gut 25 Prozent. Bei diesen Gesamtzahlen muß ferner berücksichtigt werden, daß die Neue Heimat ab 1950 intensiv gebaut hat und daß sich der Bau von Eigentumswohnungen und Eigenheimen erst später entwickelte. Der Anteil der Eigentumsmaßnahmen am Gesamtwohnungsbauprogramm der Neuen Heimat ist von 35,8 Prozent im Jahre 1964 auf 58,4 Prozent im Jahre 1973 gestiegen.

4. Falsch ist, daß der Konzern aus seinen Bodenvorräten nicht unbeträchtliche Spekulationsgewinne erwirtschaftet.

Richtig ist, daß mit den Bodenvorräten keine Spekulationsgewinne erzielt werden, sondern die Bodenvorräte müssen, vom Grundstückskauf bis zur Fertigstellung der Wohngebäude, oft über Jahre ertraglos vorgehalten werden.

5. Falsch ist, daß die Neue Heimat bisher eine befriedigende Antwort darauf schuldig geblieben ist, wie sich das im Wohnungsbestand und in Grundstückerhalten dargestellte Vermögen mit dem Prinzip der Gemeinnützigkeit vereinbaren läßt.

Richtig ist, daß das gesamte Vermögen der gemeinnützigen Unternehmensgruppe Neue Heimat Stiftungscharakter hat und bei einer Auflösung — bis auf das eingezahlte Gesellschaftskapital von 40 Millionen DM — der öffentlichen Hand anheim fallen würde.

Neue Heimat

Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mit beschränkter Haftung

H. Pinther

Dr. H. Iden